



nahmen geben. Es kann ja nicht sein, dass der, der exportiert, nur tugendhaft und der, der importiert, nur sündig ist. Die teutonischen Machtspiele sind wohl mehr ein Wahlkampf-Ablenkungsmanöver. Dieses bringt uns im Kampf gegen die Krise, der vor allem auch eine gesamteuropäischer sein muss, nicht weiter.

Androsch kontert deutsche Angriffe

„Teutonische Machtspiele“

Der Industrielle Hannes Androsch über das Bankgeheimnis und Steueroasen.

ÖSTERREICH: Ist die Kritik Deutschlands an der angeblichen Steueroase Österreich berechtigt?

HANNES ANDROSCH: Schon deswegen nicht, weil wir eine höhere Steuerquote als Deutschland haben. Das ist wohl das Gegenteil einer Oase. Zudem hat Österreich ein ganz anderes Steuerrecht als etwa die Schweiz oder Luxemburg. Deutschland hat etwa im Gegensatz zu uns immer noch eine Gewerbesteuer und andere Steuerprobleme als wir, mit denen auch die Bankenvertraulichkeit zusammenhängt. Der Ton der Kritik ist jedenfalls unziemlich.

ÖSTERREICH: Soll das österreichische Bankgeheimnis abgeschafft werden?

ANDROSCH: Hier muss einmal klargestellt werden, dass das Bankgeheimnis die Österreicher steuerlich nicht mehr betrifft, weil es mit der Kapitalertragssteuer eine Endbesteuerung und keine Vermögensteuer gibt. Es ist daher die Frage, ob sich die Republik Österreich international für etwas an den Pranger stellen lassen soll, was nur Anleger aus dem Ausland betrifft. Wenn nicht begründete Verdachtsmomente bestehen, muss, wie etwa im medizinischen oder amtlichen Bereich, die Pflicht zur Verschwiegenheit und Vertraulichkeit gegeben sein.

ÖSTERREICH: Also soll man das Bankgeheimnis jetzt rasch abschaffen?

ANDROSCH: Nein. Es geht um vernünftige Maßnahmen. Man muss die echten Steueroasen trockenlegen und eine weltweite Lösung finden. Was die Deutschen jetzt von Österreich fordern, trifft dies nicht.

ÖSTERREICH: Österreich scheint derzeit überhaupt im Fokus der deutschen Politik zu sein. Finanzminister Peer Steinbrück hat sich ja auch gegen das von Österreich initiierte Hilfspaket für Osteuropa gestellt. Was

sind Ihrer Meinung nach die Gründe für die Angriffe?

ANDROSCH: Vielleicht liegt dies daran, dass Karl-Heinz Grasser die Deutschen jahrelang wirtschaftspolitisch belehrt hat und jetzt der umgekehrte Weg eingeschlagen wird. Sinnvoll sind die Angriffe jedenfalls nicht. Gerade Deutschland als extrem exportorientierte Nation sollte eigentlich wissen, dass Milliarden für Osteuropa auch den eigenen Ausfuhren nützlich waren und sind. Es muss also gemeinsame Maß-



Wilder Streit um Bankgeheimnis

Deutsche Attacke gegen Österreich

Deutschlands Finanzminister Steinbrück polemisiert in Wild-west-Manier gegen Österreich und die Schweiz und erntet dafür sogar Nazi-Vorwürfe.

In der Debatte um Steuer-oasen und Bankgeheimnis haben sich die „Piefke“ mehr und mehr auf das Feindbild „Ösis“ eingeschossen. Deutschlands Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) erntete herbe Kritik für seine Verbalattacken gegen Österreich und die Schweiz.

Indianerspiele. Mit seiner Wortwahl löste Steinbrück einen veritablen Eklat aus. Steinbrück hatte eine mögliche „schwarze Liste“ der OECD als „7. Kavallerie in Fort Yuma“, bezeichnet, die man gegen die „Indianer“ (= die Schweiz und Österreich) ausreiten lassen könne.

Der Schweizer Abgeordnete Thomas Müller (CVP) brachte Steinbrück daraufhin mit Nazi-Marschkolonnen und -Rhetorik in Verbindung und stellte Bezüge zur Gestapo her. „So einer wie Steinbrück erinnert mich daran. Er ist kompromisslos, rücksichtslos und überheblich“, sagte Müller der *Bild Zeitung*.



Deutscher Minister P. Steinbrück.

„Ton der Kritik unziemlich.“

Auch Kanzler Faymann wies Steinbrücks Indianer-Vergleich empört zurück. „Ich weiß nicht, welche schlechten Western Steinbrück gesehen hat“, so Faymann. Und der Industrielle und Ex-Finanzminister Hannes Androsch spricht von „teutonischen Machtspielen“ und sagt: „Der Ton der Kritik ist unziemlich.“ (Siehe links.)

Hintergrund des Wild-west-Streits: Steinbrück fordert, dass die Konten deutscher Staatsbürger in Österreich auf bloße Anfrage geöffnet werden. Finanzminister Josef Pröll bleibt aber dabei: Bankauskünfte gibt es nur bei „begründetem Verdacht“. (sea)